



Junge Freiheit: Oslo und die Folgen für PI



In der aktuellen Ausgabe der Jungen Freiheit ist ein [Interview mit einem PI-Autor](#) zum Terroranschlag von Oslo und den möglichen Folgen für das Internet-Flaggschiff der deutschen Islamkritik zu

lesen. Die ungefilterte Wiedergabe dieses Interviews bedeutet eine angenehme Abwechslung zur Staatsfunk-Propaganda der vergangenen Woche, bei der ARD-Report Mainz, das ZDF Auslandsjournal und das Bayerische Fernsehen mit „quer“ journalistisch völlig einseitig und undifferenziert über PI berichteten.

(Von PI München)

Was es für eine Zeitung bedeuten kann, als „rechtspopulistisch“ diffamiert zu sein, konnte der geneigte Käufer am Freitag im großen Zeitungsgeschäft des Münchner Ostbahnhofs erleben: Während das marxistische Linksblatt [„Junge Welt“](#) – in DDR-Zeiten das Zentralorgan der FDJ – ganz offen am Zeitungsständer hängt, musste der Verkäufer die „Junge Freiheit“ verschämt unter dem Ladentisch hervorholen. Das war dann auch noch die veraltete Ausgabe der vergangenen Woche. Die aktuelle, die jeden Freitag erscheint, war dort selbst am frühen Nachmittag noch nicht erhältlich. Am S-Bahn-Kiosk des Rosenheimer Platzes gab es sie aber, und dort hing sie auch – welch Wunder – im Zeitungsständer.

Hier das Interview:

Herr Stürzenberger, die internationale Islamkritikerszene ist nach dem Amoklauf von Anders Behring Breivik ins Visier von Medien und Politikern geraten. Hatten Sie oder jemand anders von Politically Incorrect (PI) jemals Kontakt zu ihm?

Nein. Der ist uns völlig unbekannt. Es ist, wie der norwegische Polizist gesagt hat: Er kam aus dem Nichts.

Was bedeutet dieser Amoklauf für PI?

Wir sind alle noch völlig geschockt, daß jemand so eine abscheuliche Töt vollbringen konnte. Zum anderen registrieren wir jetzt, daß verschiedene TV-Sender, Zeitungen, Onlineportale und auch Politiker versuchen, uns in diese Sache mit hineinzuziehen. Das ist aber völlig abwegig. Wir bringen sachlich fundierte Islamkritik und rufen keinesfalls zur Gewalt auf. Komischerweise sind es ausgerechnet die Politiker und Medien, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ständig betont haben, die al-Qaida-Anschläge hätten nichts mit dem Islam zu tun. Jetzt versuchen die, alle Islamkritiker in Sippenhaft für einen einzelnen irren Amokläufer zu nehmen. Da wird auf einmal mit zweierlei Maß gemessen. Hier möchten uns politisch Andersdenkende ganz einfach eins auswischen.

Andererseits haben Sie aber auch jedem Moslem eine Nähe zu Islamisten unterstellt. Werden Sie etwas ändern an bluewonder.org?

Wir sehen keinen Grund dafür. An unseren Artikeln gab es sowieso noch nie etwas auszusetzen. Vielleicht werden wir in Zukunft bedenkliche Kommentare noch genauer anschauen müssen. An unserer Grundhaltung ändert sich aber nichts. Wir sind für die Menschen – und nicht gegen sie. Das heißt auch, daß wir für die Moslems sind. Wir wollen ihnen helfen, sich von den Fesseln dieser Religion zu befreien, die ihnen auch die Integration in unsere Gesellschaft erschwert.

Rechnen Sie jetzt mit Konsequenzen in Form von staatlichen Sanktionen?

Der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl hat am Dienstag im Radio eine komplette Vorratsdatenspeicherung gefordert. Das finde ich richtig. Es kann nie genug Kontrolle geben. Opferschutz muß eindeutig Vorrang vor Täterschutz haben. Wir von PI haben nichts zu verbergen. Da kann gerne alles kontrolliert werden. Wenn aber jetzt von staatlicher Seite eine politisch korrekte Meinungszensur für unsere journalistische Arbeit gefordert werden sollte, dann kommen wir DDR-Verhältnissen immer näher.

Was antworten Sie Politikern wie Claudia Roth, die jetzt die Islamkritik als solche für Breiviks Amoklauf verantwortlich machen?

Das ist ja irre. Dann wäre auch jeder Apo-Aktivist in den sechziger Jahren für den RAF-Terror der späteren Jahre haftbar zu machen. Unsere Einstellung und radikale Spinner haben nichts miteinander gemeinsam. Gewaltanwendung lehnen wir grundsätzlich ab. Wir lassen uns nicht mit einem Wahnsinnigen in einen Topf schmeißen. Islamkritik ist nach wie vor berechtigt, notwendig und muß noch intensiviert werden.

Das Interview führte Ronald Gläser. Wie dreist linke Journalisten nun auch die Junge Freiheit in den Terror-Strudel von Oslo hineinziehen wollen, zeigt der JF-Artikel [„Der neue Hexenhammer“](#).



Unsere Freunde richten ihren Anführer hin



Die Sitten und Gebräuche unserer neuen Freunde, der einzig legitimen Vertreter des libyschen Volkes, sind noch etwas gewöhnungsbedürftig. Aber wer hätte dafür mehr Verständnis als deutsche Demokratielehrlinge. Schließlich versuchen wir auch erst seit 100 Jahren Demokratie und trauen der Sache immer noch nicht so recht. Jetzt bestätigen sich Gerüchte, denen zufolge unsere neuen Freunde ihren Anführer, den ehemaligen Innenminister, der als General zu den Kämpfern für Freiheit und Demokratie übergelaufen war, selber hingerichtet haben.

Der [ORF berichtet](#):

Der Anführer des Kommandos sei festgenommen worden und geständig, nach den Todesschützen werde gefahndet, so die Führung der Rebellen. Als Tatmotiv wird Rache von islamistisch gesinnten Rebellengruppen am ehemaligen Innenminister des Gaddafi-Regimes vermutet, der im Februar zu

den Aufständischen übergelaufen war. Die Hintergründe und Umstände der Ermordung sind jedoch weiter unklar.

Ein Kommandeur der Rebellen sagte, als Innenminister Gaddafis habe Junis Islamisten verfolgt, die dafür nun Vergeltung geübt hätten. „Einige dieser Islamisten kämpfen nun mit den Rebellen, aber sie haben sich immer geweigert, unter Junis' Kommando zu kämpfen, weil sie ihm misstraut haben“, sagte der Kommandeur, der namentlich nicht genannt werden wollte. Rebellenführer Mustafa Abdel Dschalil könne die Extremisten nicht direkt beschuldigen, weil er sie fürchte. Die Ermittlungen der Todesumstände würden zu nichts führen.

Anfängliche Gerüchte, dass Junis als Verräter enttarnt worden sei, der sich nur zum Schein den Rebellen angeschlossen und für Gaddafi spioniert habe, ließen sich jedenfalls nicht bestätigen. Unklar ist jedoch, warum Junis überhaupt von Rebellenmilizen nach Bengasi gebracht worden war. Der Befehl, ihn von der Front zu holen und dort befragen zu lassen, kam angeblich von Rebellenführer Mustafa Abdel Dschalil persönlich. (...)

Junis war an dem Putsch beteiligt, der Gaddafi 1969 an die Macht brachte. Er diente dem Revolutionsführer mehr als 40 Jahre. Junis trat im Februar als Innenminister zurück und lief zu den Rebellen über. Wegen seiner langjährigen Bindungen zu Gaddafi misstrauten ihm Teile der Opposition. Der Tod des Generals bedeutet für Gaddafis Gegner jedenfalls einen schweren Rückschlag.

Außerdem dürfte Junis' gewaltsames Ende auch die Vorbehalte bei ihren westlichen Verbündeten nähren, die Libyen seit Monaten bombardieren und Zweifel an der Geschlossenheit der von ihnen anerkannten Rebellenbewegung haben. Nicht umsonst gab es nach Junis' Tod einen Aufruf der USA an die Rebellen, „schnell und transparent“ die Einheit der Opposition gegen Gaddafi sicherzustellen und „das Ziel des demokratischen Übergangs nicht aus den Augen zu verlieren“.

Vorerst sieht es jedoch danach aus, als hätten die Rebellen genug damit zu tun, einen blutigen internen Konflikt zu verhindern. Schon beim Bekanntwerden von Junis' Ermordung kam es zu Unruhen in Bengasi. Inzwischen sollen sich laut dem „Independent“ auch Junis-treue Einheiten von der Front auf Bengasi zubewegen, um den Tod ihres Anführers zu rächen. Es heißt, die Sympathisanten von Mustafa Abdel Dschalil würden in Bengasi bereits Straßensperren errichten, um sich für den Kampf gegen die Gesinnungsgenossen zu rüsten.

Blogger hatten bereits vor einiger Zeit die menschenverachtende Lüge verbreitet, unsere neuen Freunde wollten gar nicht wirklich westliche Demokratie für Libyen, sondern der alte Diktator sei Ihnen lediglich nicht islamisch und antiwestlich genug. Das ist aber islamophober Blödsinn und geistige Brandstiftung, haben alle Qualitätsjournalisten gesagt. Und darauf kann man sich verlassen.

Anders die libyschen Journalisten. Vermutlich haben die auch geistige Brandstiftung betrieben, weswegen die Nato, in großzügiger Auslegung der notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung der Flugverbotszone jetzt [den Fernsehsender bombardiert](#) hat. Vielleicht wurden in den zerstörten Büros (Foto) aber auch Papierflieger gestartet.



Ground Zero: Atheisten klagen gegen Kreuz

☒ In New York steht in Erinnerung an die grausamen Terroranschläge vom 11. September 2001 das bekannte große Stahlkreuz. Es ist ein Überbleibsel und Mahnmal aus den Trümmern der Zwillingstürme. Viele Menschen beten dort und legen Blumen nieder. Den „Amerikanischen Atheisten“ ist dies ein Dorn im Auge. Sie wollen das Kreuz entfernen.

Das christliche [„Pro Medienmagazin“](#) schreibt:

„Es ist eine unzulässige Vermischung von Kirche und Staat, dass die Regierung dieses Kreuz ‚verehrt‘“, schreiben die „Amerikanischen Atheisten“ in einer Pressemitteilung. Es sei illegal, dass in einer staatlich finanzierten Anlage eine Religion gepriesen würde. Der Verband fordert, das Kreuz aus einem geplanten Museum innerhalb der Gedenkstätte am Ground Zero zu entfernen, es sei denn, die atheistische Weltanschauung werde ebenfalls mit einem Symbol in der Ausstellung vertreten sein. Wie der Nachrichtensender CNN berichtet, umfasst die Klage die Stadt New York samt ihrem Bürgermeister Michael Bloomberg sowie den Staat New Jersey mit seinem Gouverneur Chris Christie.

„Dieses Kreuz ist ein wichtiger Teil unseres Vorhabens, die echten physischen Andenken an den 11. September 2001 zu bewahren“, erklärte Joe Daniels, Präsident der nationalen Gedenkstätte, die in wenigen Wochen zum zehnten Jahrestag der Anschläge eröffnet werden soll. Bei den Aufräumarbeiten im Herbst 2001 war in den Trümmern des World Trade Centers ein fünf Meter großes Stahlteil entdeckt worden, das stark an das christliche Kreuz erinnert und seitdem als provisorische Gedenkstätte in Manhattan dient. Zunächst stand das Kreuz auf Ground Zero, mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten für das Museum und neue Wolkenkratzer wurde es 2006 um einen

Häuserblock verschoben und vor der St. Peter's Church aufgestellt. Auch dort wurde das bereits zwei Mal von einem Priester geweihte Kreuz zur Pilgerstätte für Trauernde. Pater Kevin Madigan berichtete einem Reporter von „Fox News“, Touristen aus aller Welt würden vor dem Kreuz beten und Blumen niederlegen. Am vergangenen Samstag wurde es schließlich feierlich zurück an den Ground Zero transportiert und mit einem Kran in das im Bau befindliche Museum abgesenkt.

Vorwurf: Das Kreuz ist eine „christliche Ikone“

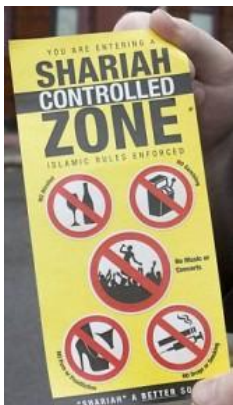
„Das ‚World-Trade-Center-Kreuz‘ ist zu einer christlichen Ikone geworden“, kritisiert David Silverman, Vorsitzender der Atheistengruppe. „Es wurde von so genannten heiligen Männern gesegnet und als Erinnerung präsentiert“, so Silverman, „als Erinnerung daran, dass sich ihr Gott, der muslimische Terroristen nicht davon abgehalten hat, 3.000 Menschen in seinem Namen zu töten, so für uns interessiert, dass er uns ein Stück Schrott hinterlässt, das aussieht wie ein Kreuz“. Joe Daniels hält dagegen: „Dieses Stück Stahl wurde zu einem Symbol des spirituellen Trostes für Menschen rund um die Welt und alle, die bei den Aufräumarbeiten geholfen haben.“

Experten halten einen Sieg der Atheisten vor Gericht für möglich. Sie empfehlen dem Museum, das Kreuz nicht in einem religiösen, sondern in einem historischen Kontext zu präsentieren – als Originalteil des zerstörten World Trade Centers. Die Betreiber des Museums hoffen auf eine Einigung vor der Eröffnung.

Die nationale Gedenkstätte für die Opfer des 11. September 2001 soll von Präsident Barack Obama am zehnten Jahrestag der Anschläge in Manhattan eröffnet werden. Zwei große Brunnen werden an die Fundamente der Zwillingstürme erinnern. Das zugehörige Museum soll 2012, der neue Wolkenkratzer „One World Trade Center“ 2013 eröffnet werden.

Unabhängig davon, wie man es mit dem Christentum hält: das Kreuz ist ein Zeichen für jene Religion, die den Frieden und die Freiheit westlicher Kulturen mitbegründet hat. Dass nun eine Gruppe überzeugter Atheisten dieses Zeichen an diesem Ort entfernen lassen will, zeigt, wie sehr sich die Völker des Westens von ihrer eigenen, gewachsenen Identität entfremdet haben.

Scharia-Zonen in England



Als Anders Breiviks 1500-seitiges Manifest in Umlauf kam, war in deutschen Medien schnell von „kruden“ Thesen über eine „angebliche“ Islamisierung die Rede. Die folgende Geschichte zeigt jedoch, dass nicht alles falsch und krude ist, nur weil es aus dem Manifest eines Irren stammt. Die „angebliche“ Islamisierung Englands ist nämlich schon so weit fortgeschritten, dass muslimische Einwanderer in manchen Stadtteilen Londons bereits „Scharia-Zonen“ ausrufen.

Wie die [Daily Mail](#) berichtet, haben muslimische Einwanderer in London flächendeckend in mehreren Stadtteilen „Scharia-Zonen“ ausgerufen. Die gelben Aufkleber (siehe Bild) wurden massenhaft an Bushaltestellen und Straßenlaternen in den Quartieren Waltham Forest, Tower Hamlets and Newham gesichtet. Sie besagen, dass Glücksspiel, Musik oder Konzerte, Pornografie oder Prostitution, Drogen, Zigaretten und Alkohol innerhalb dieser „Scharia-Zonen“ verboten seien.

Die Auswahl der Verbote ist freilich geschickt gewählt. Faktisch ist davon auszugehen, dass noch weitere Islam-typische Gesetze in den Stadtteilen gelten sollen und

mutmaßlich bereits gelebte Realität sind, wie beispielsweise die Verhüllung von Frauen und das Verbot von Schweinefleisch.



Laut Daily Mail hat der Hass-Prediger Anjem Choudary die Verantwortung für die Aufkleber-Kampagne übernommen. Er plant, spezifische Muslim- und Non-Muslim Gegenden in ganz Großbritannien auszurufen und damit „die Saat für die Entstehung eines ‚Islamic Emirate‘ auszustreuen“.

In deutschen Medien wurde über diese Aktion, die selbstverständlich weder etwas mit dem Islam, noch mit einer „angeblichen“ Islamisierung zu tun hat, bisher nicht berichtet.

Was Männer zu Ehrenmördern macht



Eine aktuelle Studie, [die Welt-Online vorliegt](#), geht der Frage nach, was Männer zu Ehrenmördern macht. Kaum verwunderlich: eines der Hauptmotive scheint der Islam zu sein, denn die Mehrzahl der deutschen Ehrenmörder ist türkischer Herkunft. Beängstigend ist hingegen der Umstand, dass deutsche Gerichte das „Ehrmotiv“ sogar noch strafmildernd werten.

Welt-Online berichtet:

Bei vier von fünf untersuchten Ehrenmorden im engeren Sinne

war eine „unerwünschte Liebesbeziehung“ Anlass für die Tat. Häufig werden mit den weiblichen Opfern auch deren unerwünschte Partner angegriffen. Daraus erklärt sich der mit 43 Prozent unerwartet hohe Anteil von männlichen Opfern, schreiben die Kriminologen. Der Altersschwerpunkt der Opfer liegt zwischen 18 und 29 Jahren. Die Täter dagegen sind in der Regel älter; ein Drittel ist über 40 Jahre alt. Oft sind mehrere Täter beteiligt.

An den 78 untersuchten Straftaten mit insgesamt 109 Opfern waren 122 Täter beteiligt. Fast alle Täter wurden außerhalb Deutschlands geboren und hatten keinen deutschen Pass. Zwei Drittel der Täter stammten aus der Türkei. Viele lebten zwar schon lange in Deutschland, waren aber schlecht in die deutsche Gesellschaft integriert. Die Mehrheit der Täter hatte weder einen Schulabschluss noch eine Berufsausbildung; ein Drittel war zum Zeitpunkt der Tat arbeitslos.

Ehrenmorde seien demnach fast ausnahmslos das Phänomen einer schlecht integrierten ethnischen Unterschicht, schreiben die Kriminologen und ziehen daraus den Umkehrschluss, „dass dieses Phänomen in den sozial und wirtschaftlich stabilisierten und besser integrierten Einwanderermilieus praktisch nicht vorkommt“.

Schon das wäre Grund genug, endlich wieder die Zügel anzuspinnen und nach mehr Integration zu streben. Faktisch heißt „mehr Integration“ aber: weniger türkisch sein, mehr westlich sein. Dieser Forderung steht der Islam als Quell religiöser, gesellschaftlicher und politischer Werte entgegen, die mit denen westlicher Gesellschaften nur all zu oft unvereinbar sind.

Natürlich sind nicht alle Muslime Ehrenmörder. Doch sind Ehrenmorde nur die Spitze des Eisbergs. Sie zeigen, wie dringend die Mehrheitsgesellschaft auf das Annehmen westlicher Werte pochen muss. Die traurige Wahrheit ist: schon mit diesen

109 Toten hat es in Deutschland mehr Opfer durch Ehrenmorde gegeben, als in Folge der Attentate in Norwegen. Doch während es zu den norwegischen Attentaten zurecht eine breite, öffentliche Debatte gibt, bleibt das Problem der Ehrenmorde und die dem zu Grunde liegenden Integrationsprobleme quasi unbeachtet.

Besonders fatal erscheint in diesem Zusammenhang, dass im Falle von Ehrenmorden deutsche Gerichte das Motiv häufig sogar noch strafmildernd werten. Das ist nicht nur eine Verpöhnung der Opfer, sondern auch ein Verrat an den Werten westlicher Gesellschaften!

Getrennt marschiert – gemeinsam gegrillt



Mit der Aufforderung „Rechtspopulisten grillen“ zeigt die taz wenig Fingerspitzengefühl für all die feinsinnigen Differenzierungen und Distanzierungen, mit denen sich Rechtspopulisten, die keine sein wollen, von Rechtspopulisten unterschieden wissen wollen. Im Wahlkampf in Berlin beabsichtigen die Kommunisten jedenfalls, politische Gegner ohne Ansehen des Parteibuchs gemeinsam zu grillen. Es reicht

eine kritische Position gegenüber dem Islam, um auf den tragbaren Scheiterhaufen zu gehören.

Aus der taz:

Gegen zwei von Rechtspopulisten geplante Anti-Islam-Events in Berlin braut sich breiter Widerstand zusammen. Mehrere Parteien und Verbände wollen die Veranstaltungen mit Protest begleiten. „Gerade so kurz nach den schrecklichen Ereignissen in Norwegen sind die Ankündigung eine geschmacklose Provokation, die wir nicht hinnehmen werden“, schimpft Dirk Stegemann vom Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“.

Am Wochenende des 27. und 28. August wollen die Rechtsaußen von Pro Deutschland in Berlin einen „Anti-Islamisierungskongress“ abhalten. Die Partei erwartet dafür bis zu 1.000 Teilnehmer, darunter Politiker des weit rechten Vlaams Belang aus Belgien und der FPÖ aus Österreich. Für den Samstag seien „zwei, drei spontane Kundgebungen“ geplant, an denen man „an markanten Punkten der Stadt auf hiesige Islamisierung“ hinweisen wolle, kündigt Landeschef Lars Seidensticker an. Am Abend werde es ein Grillfest für die Teilnehmer geben. Die Örtlichkeiten hält die Partei „aus Sicherheitsgründen“ geheim.

Höhepunkt soll eine Demonstration am Sonntag werden, die vom Potsdamer Platz vors Brandenburg Tor führen soll. Motto: „Wählen gehen für Thilos Thesen“. Die Polizei bestätigt eine entsprechende Anmeldung für 1.000 Teilnehmer.

Nur eine Woche später, am 3. September, will die rechtspopulistische Konkurrenz, die Freiheit-Partei, ebenfalls mit Anti-Islam-Tiraden vor den Wahlen punkten. Sie lädt den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders nach Berlin ein. Daneben sollen ein Politiker der Schweizer rechtsnationalen SVP und der US-Islamkritiker Robert Spencer sprechen. Thema sei die „Islamisierung Europas“, so Parteisprecher Thomas Böhm. Anfang nächster Woche werde der

Ticketverkauf beginnen. Über den Veranstaltungsort werde noch verhandelt.

Schon im letzten Oktober hatte Geert Wilders vor 500 Zuhörern in einem Berliner Hotel gesprochen, auf Einladung von René Stadtkewitz. Der wurde daraufhin aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen und gründete die „Freiheit“. „Diesmal erwarten wir noch mehr Gäste“, sagt Böhm.

Rund 20 Berliner Verbände und Parteien haben sich zum „Bündnis Rechtspopulismus stoppen“ zusammengeschlossen – darunter die Naturfreunde, Ver,di, den Vereinen Allmende und „Laut gegen Nazis“ sowie SPD, Linke, Grüne und DKP. Sie verweisen auch auf die ideologische Nähe des Norwegen-Attentäters Anders Behring Breivik, der in seinem „Manifest“ gegen Multikulturalismus und Muslime herzog. „Das unterscheidet sich in keinem Deut von den rechtspopulistischen Bewegungen“, betont Martin Hikel von den Berliner Jusos. „Der geplante Kongress ist eine weitere Demütigung der Opfer von Oslo.“

Bereits am Mittwochabend will das Bündnis „Solidarität mit den Opfern von Oslo und Utøya, gegen Rechtspopulismus und Rassismus“ am Rosenthaler Platz demonstrieren. Ein zweiter Aufzug soll am 26. August vom Boxhagener Platz zur Parteizentrale der „Freiheit“ an der Landsberger Allee führen. Beim Protest gegen den „Pro Deutschland“-Kongress nimmt sich das Bündnis Köln zum Vorbild. Dort hatten 2008 mehrere hundert Bürger einen Gipfel von Moschee-Gegnern verhindert.

Nach Erfahrungen in NRW haben solche Großproteste durchaus auch eine demokratische Wirkung, wenn auch unbeabsichtigt. Viele Bürger, die durch schweigende Medien nie von der Existenz mancher Kleinparteien erfahren hätten, suchen oft zum ersten mal nach unabhängigen Informationen, wenn der geplante Einkaufsbummel am Checkpoint vermummt

Antifaschläger und uniformierter Gewerkschaftskontrolleure ein unfreundliches Ende gefunden hat. Einen kleinen Vorteil genießen Parteien, die in der Vergangenheit bereits Gelegenheit hatten, den kreativen Umgang mit dem zu üben, was man auch Kölner Demokratie ([siehe auch hier](#)) nennt – und sich vor allem dieser Übung nicht durch Flucht entzogen haben.

(Spürnase: Wilhelmine)



Türkische Armeespitze zurückgetreten



[Wie Spiegel-Online berichtet](#) ist die türkische Armeespitze geschlossen zurück getreten. Das beispiellose Ereignis scheint vor allem in Streitigkeiten der Militärs mit der islamisch-konservativen Regierung von Ministerpräsident Erdogan begründet zu sein. Dieser hatte jüngst in Folge der Attentate in Norwegen eine Debatte über „[christlichen Terror](#)“ gefordert. Erdogan täte wohl gut daran, sich aus den Angelegenheiten anderer Staaten heraus zu halten. Ein Vorbild für ein säkulares Staatswesen ist seine Türkei ohnehin nicht.

Über die Hintergründe ist auf Spiegel-Online zu lesen:

Derzeit befinden sich 42 Generäle unter dem Verdacht der Verwicklung in Putschpläne gegen die religiös-konservative Regierung Erdogans in Haft. Darunter ist auch ein Vier-Sterne-General, der eigentlich das Kommando der Luftwaffe übernehmen sollte.

Während die Armee möchte, dass diese Offiziere bis zum Abschluss ihrer Verfahren befördert werden können, wünscht die Regierung ihre Pensionierung. Der Streit um die Beförderung hatte vergangenes Jahr zu einer Verzögerung bei der Ernennung Kosaners geführt.

Der Rücktritt der gesamten Militärführung ist beispiellos in der Türkei, wo das Militär seit 1960 vier Mal gegen die Regierung putschte. Seit dem Amtsantritt der religiös-konservativen AK-Partei im Jahr 2002 ist die Stellung der Armee aber erheblich geschwächt worden.

Bei Ermittlungen zu Verschwörungen gegen die Regierung gelangten seit 2002 zahlreiche Offiziere ins Visier der Justiz. Kritiker werfen der Regierung vor, die Ermittlungen zur Ausschaltung ihrer politischen Gegner zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es einmal mehr höchst fragwürdig, dass Erdogan sich bei jeder Gelegenheit als moralische Instanz aufführt – wie jüngst nach den Ereignissen in Oslo. Der türkische Ministerpräsident täte gut daran, zu erst einmal auf seinem eigenen Hofe zu kehren und sich aus Angelegenheiten anderer, wesentlich fortschrittlicherer und stabilerer Staaten heraus zu halten. Denn außer Frage steht: diese Türkei hat in der EU nichts verloren!



Provokanter Dokumentarfilm „The Soviet Story“



Kaum ein

Dokumentarfilm hat bisher solche Kontroverse ausgelöst wie „[The Soviet Story](#)“, der die enge ideologische Verbindung zwischen den nationalsozialistischen und kommunistischen Systemen unter die Lupe nimmt und damit einen fürchterlich politisch überhaupt nicht korrekten Tabubruch begeht.

Deutschlandradio Kultur hat sich zu [berichten getraut](#):

Provokativer Vergleich

Der Dokumentarfilm „The Soviet Story“ hat in einigen europäischen Ländern bereits heftige Kontroversen ausgelöst. Der Autor argumentiert darin, dass es enge ideologische Verbindungen zwischen den nationalsozialistischen und kommunistischen Systemen gab. Nun ist der Film erstmals in Deutschland erschienen.

Der preisgekrönte Dokumentarfilm „The Soviet Story“ ist in Deutschland wenig bekannt, in anderen europäischen Ländern hat er hingegen bereits heftige Kontroversen hervorgerufen. Er entstand im Jahre 2008 unter der Regie von Edv?ns Šnore, einem lettischen Dokumentaristen.

Der Film vermittelt zwei klare Botschaften. Die erste: Der

Kommunismus ist verbrecherisch, ähnlich wie der Nationalsozialismus. Die zweite Botschaft lautet: Die sowjetischen Kommunisten und die deutschen Nationalsozialisten arbeiteten eng zusammen, um die Welt in den Krieg zu stürzen.

Die Aufnahmen, welche diese Thesen veranschaulichen, schockieren und verstören. Sie zeigen kommunistische Gräueltaten und vergleichen sie mit denen der Nazis, sie zeigen Massengräber und Leichenberge, an Hunger sterbende Kinder und Lagerinsassen sowie sowjetische Täter bei Erschießungen, Deportationen und Raub. Hinzu kommen Berichte von Überlebenden, die über ihr tragisches Schicksal erzählen, aber auch von Tätern. Zu Wort kommen namhafte Historiker aus Russland und anderen Ländern.

Im Kontrast dazu stehen die Bilder von Massenaufmärschen und Propagandalieder und -reden von Gleichheit und Gerechtigkeit, Fortschritt und Wohlstand für alle, ausgenommen die vermeintlichen Feinde der sozialistischen Gesellschaft, die zu vernichten waren. Deren Zahl ging allerdings in die Millionen. Auch in dieser Hinsicht ähnelten sich Kommunismus und Nationalsozialismus.

Der Film thematisiert den bolschewistischen Massenterror während des russischen Bürgerkrieges, der Millionen Opfer gekostet hat. In den 20er-Jahren setzten die Bolschewiken ihren Terror fort. Anfang der 1930er-Jahre erreichte der kommunistische Massenterror in der Sowjetunion neue Dimensionen. Es begann mit der Zwangskollektivierung: Die Bauern wurden enteignet und zur Sklavenarbeit in Kolchosen gezwungen. Die Betroffenen leisteten oftmals verzweifelten Widerstand und die kommunistischen Täter schlugen gnadenlos zu. Sie erschossen mehrere hunderttausend Bauern oder sperrten sie in Konzentrationslager, ihre Familien verschleppten sie in die unwirtlichen Gebiete des Riesenreiches, unter ihnen Hunderttausende Kinder, die in der Verbannung massenweise starben.

Und dann kam der „Große Hunger“ der Jahre 1932 bis 1933 mit Millionen Hungertoten. Besonders betroffen waren die Ukrainer:

„Das Volk der Ukraine verhungerte vor den Augen der ganzen Welt. Aber niemand kam zur Hilfe. Sieben Millionen Menschen erlagen der Hungersnot.“

Bei Interesse bitte [hier](#) weiterlesen...

Der Trailer zum Film (englisch):

- » [Offizielle Webseite zum Film](#)
- » [„The Sovjet Story“ beim Kopp-Verlag](#)

Bild: Skandal um Sarrazin-Film



In einem aktuellen Artikel berichtet Bild-Online über die zunehmend verworrenen Hintergründe der TV-Dokumentation von Güner Balci über Thilo Sarrazin. Mit darin verwickelt: Frank Schirrmacher, Herausgeber der FAZ. Dem soll sogar der Diebstahl von Videoaufnahmen vorgespielt worden sein, weil die Produktionsfirma „Lona-Media“ das Verschwinden derselben vortäuschen wollte.

Das alles klingt so unglaublich, dass man selbst der Bild-Zeitung nicht zutrauen kann, es erfunden zu haben. Den ganzen Artikel gibt es [hier](#).

Auch der „Danke Thilo-Mann“ Dr. Markus Hoppe vom Blog [Zivilisationscourage](#) stand Güner Balci für ihren „gestohlenen“ Film Rede und Antwort. Hier das Video zum Interview: